

REDE

Reiner Hoffmann

DGB-Vorsitzender

Fridays for Future - Großdemonstration

— 29. November 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

— Anrede

Danke für die Einladung und für die Gelegenheit, heute hier als Gewerkschafter zu euch sprechen zu können.

Die Gewerkschaften teilen das Ziel von Fridays for Future, wir müssen die drohende Klimakrise abwenden und fordern einen raschen und grundlegenden sozial-ökologischen Umbau unseres Wirtschaftens. In vielem stimmen wir überein, manches müssen wir noch klären und in einigen Punkten sind wir unterschiedlicher Meinung. Daher ist es gut, dass wir mit Fridays for Future auf unterschiedlichen Ebenen den Dialog führen.

Gemeinsam reden wir darüber, wie wir unsere Vorstellungen von guter Arbeit und Klimaschutz sowie einer kohlenstoffarmen Wirtschaft der Zukunft in Einklang bringen können. Gemeinsam haben wir ein riesiges Interesse daran, dass die endlichen Ressourcen unseres Planeten nicht weiter ausgeraubt werden. Und gemeinsam ist uns klar: Klimaschutz geht nur sozial gerecht! Was uns eint ist, dass wir alles unternehmen müssen, damit die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, egal ob in der Fabrik am Fließband, im Kaufhaus, in den öffentlichen Verwaltungen oder in den Ingenieurbüros, dass es nur auf einem gesunden Planeten dauerhaft gute Arbeit geben wird. Deshalb drängen die Gewerkschaften auf mehr Tempo beim Klimaschutz. Intelligenter gemacht liegt darin eine Riesenchance für unsere Wirtschaft und für unsere Industrie. Eine Zukunft mit guter Industrie- und Dienstleistungsarbeit mit fairen Löhnen. Deshalb engagieren sich Gewerkschaften in Deutschland und weltweit für Klimaschutz, für eine gesunde Umwelt und für einen sozial gerechten Strukturwandel.

Der sozial-ökologische Wandel erfordert Verantwortung, von der Politik, von den Unternehmen und auch von uns Gewerkschaften. Verantwortung auch in dem Sinne, dass keine neuen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen. Das heißt auch, Verantwortung zu übernehmen für Kompromisse, wie bei der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, bekannter als Kohlekommission. Kompromisse gehören zum Wesensmerkmal unserer Demokratie. Das ist manchmal schmerzhaft und manchmal nicht allen radikal genug. Das ist wie bei Tarifverhandlungen: am Ende stehen konkrete Ergebnisse.

Richtig, wir brauchen gerade beim Klimaschutz ambitionierte Ziele. Wir brauchen aber auch konkrete Ergebnisse, die zeigen, wie wir die Klimaziele mit beschäftigungspolitischen Ziele verbinden können. Keine und keiner darf auf der Strecke bleiben. Niemand darf abgehängt werden! Für die, deren Jobs gefährdet sind, muss es neue Perspektiven geben. Perspektiven in guter Arbeit zu ordentlichen Löhnen mit guten Tarifverträgen. Wir gemeinsam dürfen es nicht zulassen, dass die Umbrüche auf dem Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft unsere Gesellschaft spalten.

Die Rechtsnationalisten und Rechtsradikalen in Deutschland reiben sich schon die Hände. Nach der Flüchtlingskrise setzen sie jetzt auf Fake News in der Umwelt- und Klimapolitik. Sie wollen uns glauben machen, es gäbe gar keinen menschengemachten Klimawandel. Was ist das für ein Unfug! Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Auch das ist eine gemeinsame Aufgabe. Denn die, die den Klimawandel leugnen, sind Feinde unserer Demokratie und sie verachten alle, die diese verteidigen – also auch euch und uns.

Klima- und Umweltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ein gigantisches Projekt für alle. Deswegen muss die Politik alles daran setzen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich den Klimaschutz auch leisten können. Gute Arbeit und eine gesunde Umwelt sind kein Gegensatz. Für uns ist klar, dass sie einander bedingen. Das heißt, Klimaziele müssen wir immer auch mit beschäftigungspolitischen Zielen verbinden. Das Leitbild der Gewerkschaften eines gerechten Strukturwandels bedeutet das Zusammendenken von Guter Arbeit, Klimaschutz und Wohlstand.

Dafür brauchen wir ein ambitioniertes Zukunftsinvestitionsprogramm zur sozial-ökologischen Modernisierung unseres Landes. Gift sind dagegen eine restriktive Haushaltspolitik, die „Schwarze Null“ und die Schuldenbremse. Wir brauchen massive finanzielle Anstrengungen für mehr Klima- und Umweltschutz. Für den Ausbau beim Öffentlichen Verkehr, einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, für die energetische Gebäudesanierung, für bezahlbaren Wohnraum und gute Bildung.

Wenn wir jetzt nicht endlich mutig und ambitioniert investieren, dann hinterlassen wir der Jugend, dann hinterlassen wir euch eine marode Infrastruktur, eine kaputte Umwelt und unsichere Lebensperspektiven. Der Preis wäre nicht nur zu hoch, das wäre schlicht unverantwortlich. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf: Handelt endlich und bringt ein langfristiges Investitionsprogramm auf den Weg.

Der DGB und seine Gewerkschaften kämpfen für Würde und Menschlichkeit in der Arbeitswelt und für eine gesunde Umwelt. Organisieren wir den Aufbruch, zeigen wir Mut und Verantwortung für ein gutes Leben aller Menschen in einer weltoffenen, demokratischen Gesellschaft.

Danke für Eure Aufmerksamkeit!